

„Über den Tisch gezogen“

Kommunen in Zeiten der Finanzkrise

NIENBURG (msa). „Finanzkrise: Was nun?“ So lautete das Motto einer Parlamentarischen Abendveranstaltung zu dem die Grünen Bundestagsabgeordnete Katja Keul und der Landtagsabgeordnete Helge Limburg in das Wahlkreis- und Regionalbüro Nienburg eingeladen hatte. Die beiden Politiker diskutierten mit Professor Dr. Bernd Rudolph, dem ersten Stadtrat der Stadt Nienburg, über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Länder und Kommunen.

In der Gesprächsrunde stellten zunächst die beiden Abgeordneten ihre Tätigkeiten aus dem Land- bzw. Bundestagsplenarium vor. Die Bundestagsabgeordnete Katja Keul ging auf ihre Arbeitsschwerpunkte als Parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied des Verteidigungsausschusses ein. Die Juristin berichtete, die Arbeit im Untersuchungsausschuss würde sie zeitlich sehr in Anspruch nehmen. Danach ging sie auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den Haushalt des Bundes ein. Die Politikerin berichtete darüber, dass den Ausgaben von 325 Milliarden Euro nur Einnahmen von 240 Milliarden Euro gegenüber stehen würden. Das Defizit inklusive der „versteckten“ Ausgaben würde nach Einschätzung von Katja Keul 130 Milliarden betragen. Die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gaststätten- und Hotelbranche bezeichnete Katja Keul als ein Steuergeschenk. Wenn man Wachstum produzieren will, sollte man die finanziellen Mittel dort hingeben, wo sie



GESPRÄCHSRUNDE mit Katja Keul, Dr. Bernd Rudolph und Helge Limburg.

Foto: msa

am dringendsten benötigt werden. Sie hätte das Gefühl, dass die Verteilung der Gelder von „Oben nach unten“ erfolgen würde. Katja Keul berichtete, dass die Grünen im Bundestag die finanzielle Lage der Kommunen ständig diskutieren. Sie schlagen eine Umstellung der Gewerbe- in eine Wirtschaftssteuer vor.

Professor Dr. Bernd Rudolph vertrat die Meinung, die Gewerbesteuerreform sei vorab von allen Fachleuten positiv bewertet worden. „Die Kommunen sind aus heutiger Sicht über den Tisch gezogen worden“, erklärte der Stadtrat und wies auf die drastischen Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in der Stadt Nienburg hin. Deshalb werde der Rat der Weserstadt entscheiden, ob die Gewerbesteuer um

20 Basispunkte anzuheben sei. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hätte die Weserstadt 650.000 Euro weniger in der Kasse. Durch zusätzliche Auflagen des Gesetzgebers wären der Stadt Nienburg für die Einrichtung von Krippenplätzen 650.000 Euro an zusätzlichen Ausgaben entstanden, erläuterte der Vertreter der Stadt und forderte: „Die Kommunen müssten finanziell gestärkt werden, um wieder lebensfähig zu sein.“ Die zusätzlichen Aufwendungen der Kommunen seien auf die Länder und Bundesgesetze zurück zu führen, sagte Rudolph weiter. Das Land und der Bund würden angeblich Millionen verschwenden, die bei den Kommunen fehlen, vermutete der Fachbereichsleiter Innere Verwaltung und

Finanzen bei der Stadt Nienburg.

Außerdem erklärte der erste Stadtrat: „Wir sind am Ende der Fahnenstange was Einsparungen bei der Stadt Nienburg angeht.“ Als Beispiel nannte Rudolph die vorgenommenen Personaleinsparungen von 15 Prozent. Als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnete der Vertreter der Stadt die Konjunkturpakete. Kritisch betrachtete der Stadtrat die Fördermittelpolitik der Europäischen Union. Denn nur die Hälfte der Fördermittel würde bei den Kommunen ankommen, den Rest verbrauchten die Genehmigungsgremien. Für kleinere Verwaltungen sei es schwierig, sich mit den etwa 500 unterschiedlichen „Fördertöpfen“ auszukennen.